

Kritik der neoliberalen Universität

Eine Mythenjagd

Stephan Lessenich

Bevor ich mit meinem Vortrag¹ beginne, muss ich zuerst noch ein gewisses Unwohlsein bekennen, da ich keine Expertise im engeren Sinne für die neoliberale Transformation der Universität habe. Ich bin weder ein wirklicher Experte für den Neoliberalismus, noch betreibe ich eigene Forschung zur Universität oder dem Hochschul- und Bildungswesen. Meine Expertise ist mehr die des Alltags – aufgrund meiner Rolle, Funktion und Praxis an der Hochschule und im Bildungssystem. Insofern befinde ich mich in etwa auf einer Stufe mit Ihnen als Expert*innen des akademischen Alltags, argumentiere aber in einer anderen Rolle und aus einer anderen Perspektive.

Ich will heute in meinem Vortrag über Mythen des Alltags und der Institutionen sprechen und Ihnen hier vier solcher Mythen präsentieren. Diese dramaturgische Idee basiert auf einer Überlegung, die Norbert Elias in seinem 1970 erschienenen Einführungsband »Was ist Soziologie?« ausgeführt hat. Er schreibt dort, dass Soziolog*innen »Mythenjäger« seien, die den Mythen der sozialen Welt auf der Spur sind. Die Soziologie besteht ihm zufolge in der Mythenjagd, sie soll die Vorspiegelung falscher Tatsachen des Sozialen aufdecken und die sozialen Verhältnisse darstellen, wie sie »wirklich« sind. Es gibt demnach eine decouvrierende, aufdeckende, demaskierende Funktion der Soziologie. Die Mythen des Alltags, von denen Elias spricht, kennen wir alle. Der Mythos der faulen Arbeitslosen gehört genauso dazu und hält sich ebenso hartnäckig wie der Mythos, dass man Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln könnte. Eine kritische Soziologie hat die Aufgabe, solche Mythen zu hinterfragen, sie *als* Mythen erkennbar werden zu lassen und anderes Wissen zu produzieren. Auf diese Funktionsbestimmung der Soziologie und des*der Soziolog*in beziehe ich mich jetzt, 50 Jahre nach Elias, und begebe

1 Der nachfolgende Text basiert auf einem Vortrag, den Stephan Lessenich im Dezember 2022 vor Studierenden im Rahmen der kritischen Einführungswochen des AStA an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. gehalten hat. Der Text wurde von Moritz Richter transkribiert, gekürzt und überarbeitet und von Stephan Lessenich endredigiert.

mich mit Ihnen in diesem Sinne nun auf eine kurze Mythenjagd im Feld der Universität und ihrer neoliberalen Transformation. Zunächst werde ich zwei Mythen behandeln, bei denen es noch nicht um das Bildungswesen, die Universität oder die wissenschaftliche Praxis geht, sondern allgemein um den Begriff »Neoliberalismus« selbst. Meines Erachtens kolportiert dieser Begriff selbst Mythen und ist, auch bei kritischer Verwendung, nicht unproblematisch.

Erster Mythos: Neoliberalismus

Der erste Mythos, der vielleicht nicht ganz so relevant für den hier zu verhandelnden Gegenstand ist, aber den man doch vor Augen haben sollte, besteht in der Rede vom *Neo-Liberalismus*. In der politischen Diskussion des Begriffs wird Neoliberalismus in der Regel verstanden als eine gesellschaftliche, politisch-ökonomische Formation, die irgendwann in den 1970er Jahren mit der Ölpreiskrise sowie dem Ende des Keynesianismus und des Bretton-Woods-Systems beginnt und seit nunmehr vier bis fünf Jahrzehnten existiert. Doch den Neoliberalismus gibt es schon viel länger. Das ist nicht nur eine Frage der Wissenschaftsgeschichte, denn in der Vorgeschichte des Post-1970er-Jahre-Neoliberalismus, sozusagen im »Ur-Neoliberalismus«, liegt schon das begründet, was den Neoliberalismus illiberal macht. Darauf komme ich beim zweiten Mythos zurück.

Es gibt also einen Neoliberalismus vor dem Neoliberalismus. Er stammt aus der Zwischenkriegszeit und hieß in der deutschen Tradition auch Ordoliberalismus. Vertreten wurde er von Ökonomeprofessoren in den 1920er und 1930er Jahren, eine große Rolle gespielt haben in diesem Zusammenhang Personen wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Walter Eucken oder Alfred Müller-Armack sowie insgesamt die Freiburger Schule der Nationalökonomie, die bis heute in den Wirtschaftswissenschaften und all den Feldern, die sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigen, immer noch ihre Adepten hat. Dieser »neue« Liberalismus unterschied sich vom alten und klassischen Liberalismus dadurch, dass er für eine starke staatliche Rahmung von Marktprozessen und Marktinstitutionen plädierte. Die unsichtbare Hand des Marktes stelle keine perfekte Marktordnung her, sondern es brauche dafür die sichtbare Hand des Staates. Aber eben nicht um in Eigentumsrechte oder die Marktprozesse selbst einzugreifen, sondern um eine den Markt rahmende Ordnung herzustellen. Diese Rahmenordnung kann nur der Staat als Monopolist von physischer Gewalt herstellen, als derjenige, der allgemein bindende Entscheidungen treffen kann, die alle Marktakteure, auch die machtvollen unter ihnen, dann in ihrem Handeln berücksichtigen müssen. Um Marktprozesse überhaupt erst funktionieren zu lassen, braucht es also die ordnende Hand des Staates und eine rahmende Ordnungsbildung. Diese Perspektive, dass Märkte für sich genommen selbstzerstörerisch sind in ihrer (Dys-)Funktionalität und dauerhaft nur

funktionieren, indem sie eingebettet werden in eine soziale, staatlich-regulative Ordnung, übernehmen dann später auch nicht-liberale und kritische Positionen in der Ökonomie. Für den Neoliberalismus der 1920er und 1930er Jahre aber heißt diese Perspektive auf die ordnende Hand des Staates vor allem auch ein hohes Maß an Autoritarismus. Das autoritäre Moment des heutigen Neoliberalismus ist demnach verankert und verwurzelt in der Frühgeschichte des Neoliberalismus, im deutschen Ordoliberalismus.

Zweiter Mythos: Neoliberalismus

Die Verwurzelung des Begriffs des Neoliberalismus im alten Ordoliberalismus der Zwischenkriegszeit ist deswegen interessant und auch bedeutsam, weil sie den zweiten Mythos betrifft. Dieser Mythos ist für alles Weitere, auch für die Universität und ihre Transformation in den letzten Jahrzehnten, von Bedeutung. Er besteht darin zu behaupten, dass der Neoliberalismus liberal sei. Doch das entscheidende Moment des Neoliberalismus besteht eigentlich darin, dass er autoritär ist. Er setzt autoritär eine bestimmte Form der Organisation des wirtschaftlichen Lebens und der (Re-)Produktion von gesellschaftlichen Zusammenhängen, nämlich den Markt, und operiert gleichzeitig über autoritäre Interventionen des Staates, die sich als Marktbefreiung tarnen. Für eine Kritik am Neoliberalismus ist es wichtig, die liberale Selbstbeschreibung nicht zu ernst zu nehmen und in diesem Sinne kritisch zu reflektieren.

Die freien Märkte, die wir seit den 1970er Jahren haben, sind nicht naturwüchsig entstanden. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Transformation von Bildungsmärkten und überhaupt die Transformation des Bildungswesens in ein marktvermitteltes Organisationswesen, dies alles waren Effekte staatlicher Interventionen. Die Genese des Neoliberalismus und die Vermarktlichungstendenz der letzten Jahrzehnte sind also im Kern ein Staatsprojekt, sie wurden von hegemonialen Akteur*innen innerhalb staatlicher Institutionen organisiert und umgesetzt. Auch die Beibehaltung und Durchsetzung neoliberaler Strukturen, Dynamiken und Ordnungsideen sind immer wieder staatsbedürftig. Es ist nicht so, dass man einmal Märkte befreien, Finanzmärkte deregulieren oder Bildungsmärkte liberalisieren würde und dann hätte sich alles erledigt und die Märkte sowie die Akteur*innen auf Märkten operieren sozusagen freihändig nach den Marktsignalen. Sondern es braucht immer wieder neu staatliche Regulierung und staatlichen Zwang, um genau diese Marktsignale auch bei den Akteur*innen ankommen zu lassen. Marktindividuen, hört die Signale, ob ihr wollt oder nicht: Dieses Zwangsmoment »liberaler« Transformation zu erkennen scheint mir fundamental wichtig. Die »freie« Marktwirtschaft und das »freie« Spiel der Kräfte, auch

mit Blick auf die neoliberale Universität, bedürfen eines starken Staates und beständiger staatlicher Intervention.

Diese permanente Staatsintervention wird auch deutlich, wenn man die verschiedenen Dimensionen der Neoliberalisierung in den Blick nimmt. Eine dieser Dimensionen ist die *Vermarktlichung* sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche, das heißt die Inszenierung von Wettbewerb und Konkurrenz, die wir in den letzten fünf Jahrzehnten erlebt haben. Diesbezüglich ist das Bildungswesen sicherlich ein besonders passendes Beispiel, doch die Inszenierung von Wettbewerb und Konkurrenz findet sich in praktisch allen gesellschaftlichen Feldern, von Wohnungsmärkten über Arbeitsmärkte bis hin zu Gesundheitsmärkten. In all diesen Feldern finden sich inszenierte Wettbewerbe, werden Marktverhältnisse konstituiert, die es vorher nicht gegeben hat und die durch eine staatliche Intervention eröffnet wurden, die gerne als »Rückzug« des Staates bezeichnet wird. Mit bloßem Rückzug ist es aber eben nicht getan. Denn die zugleich geschaffenen Regulierungsbehörden für die liberalisierten Bereiche sind beständig damit beschäftigt, auf den neu errichteten Märkten eine ganz spezifische Ordnung zu schaffen. Die Vermarktlichung ist also durch und durch staatlich initiiert und inszeniert.

Eine weitere Dimension, die wir ebenfalls in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie dem Bildungs- oder Gesundheitswesen vorfinden, ist deren *Ökonomisierung*, also die Einführung einer bestimmten ökonomischen Rationalität, die das mit ihr verknüpfte Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip ergänzt. Es handelt sich um eine strikt kalkulatorische, das heißt Kosten und Nutzen kalkulierende Rationalität, bei gleichzeitiger Inszenierung von knappen Ressourcen in verschiedenen Feldern, die in diesem Sinne bewirtschaftet werden müssen und in denen es dann entsprechend auch Zugangsbeschränkungen sowie Gewinner*innen und Verlierer*innen gibt, ja geben muss. Diese Form der Ökonomisierung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche ist gleichfalls ein Staatsprojekt. Dazu kommt als weitere Dimension die *Finanzialisierung*, also das Ausstrahlen von bestimmten finanzwirtschaftlichen Logiken auch über das Finanzsystem hinaus in andere wirtschaftliche Sektoren und gesellschaftliche Felder. Auch die Finanzialisierung als Hintergrundbedingung für eine weitergehende Ökonomisierung und Vermarktlichung des gesellschaftlichen Lebens in den letzten zwei Jahrzehnten beruht grundlegend auf staatlicher Intervention.

Bewegt man sich aus dem engeren ökonomischen Feld der Vermarktlichung, Ökonomisierung und Finanzialisierung heraus, so werden weitere Dimensionen der Neoliberalisierung erkennbar. So etwa die fortschreitende *Individualisierung* in sämtlichen gesellschaftlichen Feldern, also die Adressierung von Individuen als zentrale Akteur*innen bei der Herstellung sozialer Ordnung. Diese Individuen sind gefordert, sich auf den Arbeits-, Wohnungs-, Bildungs- und im Zweifelsfall auch Heiratsmärkten nach der gesellschaftlich herrschenden Rationalität zu verhalten. Das Individuum ist seines eigenen Glückes Schmied und muss in den überall

etablierten Konkurrenzbeziehungen sehen, wo es bleibt. Diese Individualisierung sozialer Akteur*innen und das In-Beziehung-Setzen von Menschen als vermeintliche Individuen in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern würden ebenfalls nicht ohne permanente politische Intervention funktionieren. Dasselbe gilt für jene Formen der *Subjektivierung*, die über die Individualisierung im Sinne einer Positionierung zu anderen als Individuum in einer konkurrenzhaften Ordnung hinausgehen. Die gesellschaftlich dominante Form der Subjektivierung besteht in der Inanspruchnahme der gesamten Person, also der Anrufung des Subjektes in seiner psychophysischen Gesamtheit, und in der Instrumentalisierung und In-Wert-Setzung dieses »totalen« Subjekts in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Lebensbereichen. So bin ich beispielsweise als Akteur im Bildungswesen mit jeder Faser meines Körpers gefragt, nicht nur meine eigene Position zu sichern und meine Schäfchen ins Trockene zu bringen, sondern auch die Rationalität der Organisation, in diesem Fall der neoliberalen Hochschule, zu internalisieren und in all meinen Handlungen auf routinisierte Weise wirksam werden zu lassen, sodass sie nicht mehr hinterfragbar erscheint und meine Alltagspraxis wie selbstverständlich leitet. Auch solche Formen der Subjektivierung sind Effekte politisch gelenkter Operationen.

Vor diesem Hintergrund scheint mir der Begriff des Neoliberalismus extrem missverständlich zu sein. Ich persönlich würde ihn aus diesen Gründen nicht benutzen, wenn er nicht so gut eingeführt und auch so mobilisierungsfähig für verschiedenste soziale Kreise und vor allem für nicht-akademische Milieus wäre, denen die gegenwärtige Entwicklungsrichtung gesellschaftlicher Verhältnisse gegen den Strich geht. Der Begriff verfängt in der Alltagspraxis von Leuten, die finden, dass irgendetwas in dieser Gesellschaft falsch läuft. Die Kritik am Neoliberalismus, auch die Semantik des Protests gegen einen »neoliberalen Umbau«, funktioniert und mobilisiert, findet Anklang und Anschlüsse auch in der Alltagskommunikation, im Alltagswissen und im Alltagshandeln der Leute. Das ist der Grund, warum ich an dem Begriff festhalte, obwohl ich ihn aus sozialwissenschaftlich-analytischer Perspektive kritisiere.

Dritter Mythos: »Früher war alles besser«

Auf diese allgemeinen Ausführungen zum Neoliberalismus folgen nun die Überlegungen zur Universität im Besonderen. Hier möchte ich zwei weitere Mythen thematisieren – und zwar, wie eingangs bereits erwähnt, aus meiner nicht-wissenschaftlichen und eher alltagspraktischen Expertise zur neoliberalen Transformation des Hochschulwesens. Sehr verbreitet scheint mir in diesem Zusammenhang der Mythos zu sein, dass früher alles besser gewesen sei. Diese Perspektive der angeblich besseren Vergangenheit hat mehrere Facetten.

Da ist einerseits die Perspektive der Kulturkritik der Älteren und Vorgeborenen, die sich nicht nur über die mangelnden Fähigkeiten, sondern auch über die völlige Entpolitisierung der gegenwärtigen Studierendenkohorten beschwerten. Diese Kritik funktioniert nur vor dem Gegenhorizont, dass früher die Studierendenschaft viel politisierter gewesen sei. Dies gilt es schon deswegen zu hinterfragen, weil meines Erachtens ein solcher intellektueller Rückbezug auf vermeintlich bessere Zeiten beides sein kann: Er kann mobilisierend sein, wenn man davon ausgeht, dass ein solch hohes Maß an Politisierung auch heute immer noch oder wieder möglich sein könnte. Meines Erachtens ist aber in der Regel die Gefahr größer, dass das retrospektive Schwärmen demobilisierend wirkt, wenn man nämlich davon ausgeht, dass es in den 1960er- und 1970er Jahren ganz spezifische gesellschaftshistorische Rahmenbedingungen gegeben hat, die wir heute nicht mehr vorfinden und die sich auch nicht wiederherstellen lassen. Wenn man davon ausgeht, dass es nur unter diesen historisch-konkreten Bedingungen möglich war, eine bestimmte Form der Politisierung zu leben und damit jedenfalls teilweise auch etwas zu erreichen. Wohingegen man heute nur noch darauf hoffen kann, das Schlimmste zu verhindern und erfolgreiche Abwehrkämpfe zu führen, um wenigstens noch den Status quo zu sichern.

Meine These lautet, dass es für die Gegenwart eher produktiv wäre, die vermeintlich goldene Vergangenheit zu entmystifizieren. Meine Intuition wäre, dass Sie, wenn man Sie nach dem historischen Höhepunkt der Politisierung von Studierenden fragen würde, das Ende der 1960er Jahre und, wenn Sie sich gut auskennen, noch irgendwelche späteren Bildungsstreiks nennen würden. Aber zu jedem dieser Zeitpunkte stellten die politisierten Teile der Studierendenschaft immer Randmilieus dar. Man erkennt dies an historisch-soziologischer Literatur zum Thema ebenso wie an Erfahrungsberichten aus der Hochzeit des akademischen Marxismus in der Bundesrepublik. Klar gab es all das, was wir heute unter das Schlagwort »68« fassen, aber es war doch nie so, dass die Studierendenschaft oder gar die Dozierenden auch nur annähernd in der Breite oder gar in ihrer Mehrheit politisiert gewesen wären und für transformative oder radikalreformistische Positionen gestanden hätten. Damals die große Revolte, und danach nur noch ab und an ein paar nervöse Zuckungen: Eine solch einseitige Geschichte beständigen Verfalls schiene mir nicht angemessen zu sein. Nicht, dass man sich nicht an die Politisierungsprozesse von damals halten und sich lernend an ihnen orientieren sollte – aber dies eben immer in dem Wissen und Bewusstsein, dass auch frühere studentische Proteste Minderheitenveranstaltungen waren. Dieser Umstand spiegelt sich nicht zuletzt darin, dass von diesen Bewegungen und ihren Kämpfen, was etwa die Organisationsstrukturen der deutschen Universität angeht, nur herzlich wenig strukturelle, bis heute anhaltende emanzipatorische Effekte ausgegangen sind.

Eine zweite Facette des Feldes der Mythenproduktion, in dem wir uns hier bewegen, ist die Annahme, dass die Bildungsfreiheit früher größer gewesen sei als

heute. Auch dies würde ich in solcher Pauschalität bezweifeln. Zum einen stellt sich die Frage, wann der Zugang zum Hochschulstudium früher wirklich deutlich liberaler gewesen ist als heute. Sicher gab es Konjunkturen – die Bildungsexpansion, die Versuche einer Demokratisierung der Bildungszugänge – und sie haben zu ihrer Zeit natürlich einen starken Unterschied gemacht. Aber der Zugang zu Hochschulbildung war immer, auch in den Hochzeiten der sozialliberalen Koalition oder während der Nachwehen der Bildungsexpansion, in starkem Maße sozialstrukturell ungleich. Man sieht in den Berichten des deutschen Studierendenwerkes über die Jahrzehnte hinweg Veränderungen, allerdings in Form von Auf- und Abs, sodass sich nicht so einfach behaupten lässt, dass wir früher einen deutlich liberaleren Zugang zum Bildungswesen gehabt hätten. Zum anderen scheint mir auch die sich hartnäckig haltende Annahme, dass früher die Magister- und Diplom-Studiengänge gleichsam das freie Studieren ermöglicht hätten, bei aller Kritik an der neoliberalen Universität und der modularisierenden Reform von Studiengängen, nur bedingt richtig und ebenfalls eher kontraproduktiv zu sein. Denn auch in dieser Hinsicht gibt es einen ganz klaren sozialstrukturellen Index: Die Option ewig aneinandergereihter Semester, die endlose Freiheit der Beleg- und Prüfungspraxis, also die individuelle Bildungsfreiheit im Rahmen des Hochschulstudiums, die mit den Magister- und Diplom-Studiengängen gegeben war, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eine Freiheit für die gehobenen Stände. Es gab all die Möglichkeiten für ein tatsächlich größeres Maß an Ungebundenheit im Studienalltag, es gab sie, die große Freiheit, Leistungsanforderungen zu umgehen oder eigensinnig auszu-deuten. Doch das hat im Wesentlichen den ohnehin schon gebildeten Milieus, den Studierenden einer »höheren« sozialen Herkunft genutzt, die mit diesen besonderen Studienbedingungen auch besonders gut leben konnten und die im Falle ihres Scheiterns nach 20 Semestern Studium dann eben auch durch familiäre soziale Netzwerke und deren finanziellen Möglichkeiten aufgefangen wurden. Auch diese Verhältnisse sollte man daher nicht mystifizieren.

Die dritte Facette dieses Mythos, neben der Politisierung und der Bildungsfreiheit, betrifft die Demokratisierung der Hochschule. Die Drittelparität zwischen Professor*innen, Mittelbau und Studierenden, ja gar eine Viertelparität mit den technischen Verwaltungsmitarbeiter*innen, ist in der Governance der deutschen Universität immer eine Utopie geblieben. Eine wirkliche Demokratisierung von Hochschulstrukturen, von Entscheidungsprozessen in der universitären Organisation ist hierzulande nie erreicht worden. An den Hierarchien der wissenschaftlichen Alltagspraxis, am Lehrstuhlprinzip, an der starken Bedeutung von Männlichkeit und den entsprechenden Entscheidungswegen und -praktiken einer Honoratioren-Universität, die die formal demokratisierte Universität letztlich dennoch geblieben ist, hat sich weder in den 1970er Jahren noch hernach Fundamentales geändert.

Mit all dem Gesagten soll hier keine polemisierende Position bezogen werden, sondern ich glaube, dass der häufig allzu lockere Rückbezug auf vermeintlich Bes-

seres in der Vergangenheit kritisch geprüft werden muss. Es muss geprüft werden, ob sich Vergangenes tatsächlich eignet, um es heute als positiven Maßstab an anzustrebende Veränderungen anzulegen, die in die Zukunft weisen können.

Vierter Mythos: »Alles wird gut«

Der letzte Mythos und derjenige, der hier eigentlich interessiert, ist jener, demzufolge alles gut wird. Alles soll gut werden – durch die entsprechende Transformation sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche. Genauso lautet letztlich auch die Selbstbeschreibung der Akteur*innen des neoliberalen Umbaus des Bildungswesens: Durch verstärkte Liberalisierung, Deregulierung, Vermarktlichung, Ökonomisierung, Finanzialisierung, Individualisierung und Subjektivierung werden die Verhältnisse insgesamt besser und vielleicht sogar gut. Das ist der zentrale Mythos, um den es hier geht und an dem im Sinne des Titels dieses Vortrages Kritik anzubringen ist, eine Kritik nämlich an der neoliberalen Universität, und zwar genau in dem Sinne, dass durch sie überhaupt nichts gut wird. Man könnte dieses Argument nun systematisch durchdeklinieren, aber ich möchte stattdessen nur exemplarisch einige Dinge nennen, die mir in meiner universitären Alltagspraxis begegnet sind und weiterhin begegnen.

Ein zentraler Faktor der Vermarktlichung und des inszenierten Wettbewerbs im Hochschulwesen ist natürlich – Sie als Studierende kennen es im Zweifelsfall von der anderen Seite und spüren es im Studienalltag – die Konkurrenz um Drittmittel und die unzulängliche Grundfinanzierung. Das beste – und schlechteste – Beispiel hierfür bieten die sogenannten Exzellenzinitiativen. Ökonomisch ausgedrückt bedeuten sie eine irre Fehlallokation von insgesamt vielen Hunderten von Millionen, ja in die Milliarden gehenden Fördermitteln, die der Inszenierung von Wettbewerb in der Horizontalen dienen, also zwischen Hochschulstandorten und Universitäten oder innerhalb von Fächern zum Beispiel über Clusterinitiativen. Dabei geht man davon aus, dass sich die Besten, sprich die Exzellentesten, in diesem Wettbewerb durchsetzen und diese Exzellentesten dann auch die besten Mitarbeiter*innen und die besten Studierenden anziehen und dadurch wiederum auch international die größte Resonanz erhalten, wodurch sich gewissermaßen ein eigenlogischer Steigerungsprozess von Exzellenz ergeben würde. Selbst wenn dem so wäre, sind damit die Ungleichheitsfolgen der Exzellenzförderung völlig ausgeblendet – etwa die Tatsache, dass man früher an jeder Universität eine recht gute Grundausbildung bekam, egal ob in der Soziologie, der Rechtswissenschaft oder der Biologie. Die Ungleichheitseffekte zwischen den Universitäten, zwischen den exzellenten und den im Zweifelsfall abgehängten Stand- und Studienorten, bleiben bei diesem »Race to the Top«-Ideal völlig unberücksichtigt. Aber auch schon allein die Vorstellung eines »Race to the Top« über die Inszenierung von Wettbewerb ist – nach allem, was

wir wissen – falsch. Es wird nicht mehr, und schon gar nicht besseres, raffinierteres oder relevanteres Wissen produziert; in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften, die für die geforderten und geförderten Clusterforschungsstrukturen eher weniger geschaffen sind, dürfte sogar Gegenteiliges der Fall sein.

Dieselbe Inszenierung von Wettbewerb gilt auch für Rankings von Fachwissenschaften und Studienorten. Entsprechende Ranglisten dienen der Anrufung von Studierenden, dass sie sich zu den Universitäten mit den grünen Punkten bewegen und eher nicht zu den mit den roten Punkten gehen sollen. Dabei geht es nur bedingt um Marktinformation, mindestens ebenso sehr aber um Machtakкумуляtion, um die Hierarchisierung des Hochschulsystems.

Auch vor dem universitären Beschäftigungswesen macht der inszenierte Wettbewerb nicht Halt. Auch hier findet eine riesige Fehlallokation von Mitteln statt, wenn es um die Biographien und um die Lebenschancen von Jungakademiker*innen geht. Das Karrieresystem für akademisch-wissenschaftliches Universitätspersonal ist ein Irrsinn. Wer sich auf diesen Weg begibt, zumal in der Bundesrepublik Deutschland, muss immer damit rechnen, dass er oder sie scheitern wird, auch noch nach vielen Jahren der Anstrengung und nach vielen persönlichen Bildungsinvestitionen. Am Ende des Stellenkegels gibt es keinen Platz für den wissenschaftlichen »Nachwuchs«, mehr noch als auf anderen Teilarbeitsmärkten herrscht im Hochschulwesen ein eklatanter Platzmangel in der Sozialstruktur. Auch dies ist genau besehen ein sozialer Irrsinn, der im Namen des Wettbewerbs- und Konkurrenzprinzips organisiert wird.

Die Unsicherheit der Karrierewege und das Vorherrschen prekärer Beschäftigung ist Ausweis der fatalen Ökonomisierung höherer Bildung. Je nach Erhebung sind 80 bis 90 Prozent des wissenschaftlichen Personals an deutschen Universitäten prekär beschäftigt, also nicht dauerhaft, nicht in Vollzeit und nur mit geringen Sicherungen im Vergleich zu denjenigen, die den Sprung in den Beamtenstatus geschafft haben. Die prekäre Beschäftigung als Organisationsform von Wissensproduktion ist ein zentrales Merkmal der neoliberalen Universität. Ein Merkmal, das nicht nur von außen – der ministerialen Wissenschaftsbürokratie – oktroyiert wird, sondern das auch von vielen wissenschaftlichen Akteur*innen innerhalb der Universität, namentlich von Professor*innen, mitgetragen wird. Es werden zwar öffentliche Stellungnahmen geschrieben von Fachgesellschaften gegen die Prekarisierung der wissenschaftlichen Beschäftigten, aber im universitären Alltag, bei der Organisation von Forschung und Lehre im eigenen Herrschaftsbereich der Professuren und Lehrstühle, setzt man doch durchaus genau auf solche Prekarisierungsmotive und -momente: Man stückelt Stellen, setzt kurze Beschäftigungsfristen, zeigt sich überzeugt von der produktiven Wirkung unsicherer Karrieren. Natürlich um unter gegebenen Bedingungen bestmöglich jene Forschung und Lehre zu organisieren, für die man selbst verantwortlich ist – aber doch auch, um diese Prekarität zugleich als ein Herrschaftsinstrument zu nutzen.

Ein weiterer Ökonomisierungsfaktor besteht darin, dass die Zuweisung von Mitteln an Universitäten seit geraumer Zeit stark auf Indikatoren gestützt erfolgt. Da wird dann natürlich die Frage entscheidend, welche Indikatoren man setzt, welche Maßzahlen man wählt und welche Zielvereinbarungen zwischen dem Land und der Universität geschlossen werden. Wenn ein Indikator etwa, wie es tatsächlich der Fall ist, die Anzahl der Abschlüsse von Studierenden in der Regelstudienzeit ist, und wenn danach, also pro Kopf von Studierenden in der Regelstudienzeit und deren Anteil an der Gesamtstudierendenzahl, Mittel zugewiesen werden, setzt man damit natürlich Signale. Dann werden in Fachbereichen und Instituten Dynamiken in Gang gesetzt, dass man sich überlegen muss, wie man es schafft, die Leute in der Regelstudienzeit durchzuschleusen. Daraus ergeben sich Rationalitäten, die in die Akteur*innen an Universitäten eingeschrieben werden und die völlig irrational sind, wenn es eigentlich darum gehen sollte, Wissen in der inhaltlichen wie auch gesellschaftlichen Breite zu produzieren und dieses auch beispielsweise in einem länger dauernden interaktiven Prozess zu vermitteln.

Auch die Individualisierung stellt eine zentrale Dimension der neoliberalen Universität dar. Das betrifft nicht nur das genannte Konkurrenzsystem der Karrierechancen bei den wissenschaftlich Beschäftigten, sondern vor allem auch die Beziehungsweisen unter den Studierenden. Wenn Sie bei Sinnen sind, dann werden Sie genau diese Marktsignale aufnehmen und versuchen, in Ihrem Studium bestmöglich durchzukommen – ohne Rücksicht auf Andere. Dann werden Sie sich als Individuum verstehen, das hier seine persönlichen Qualifikationsziele erreichen und sich bestmöglich auf die Erwerbskarriere vorbereiten möchte. Diese Individualisierungslogik wirkt sich nicht nur inhaltlich, sondern auch sozial aus. Das Konkurrenzsystem ist Studierendenalltag, darüber wissen Sie besser Bescheid als ich, inwiefern nämlich die institutionell gesetzten Vermarktlichungsimperative und Ökonomisierungseffekte nicht nur auf die Organisation des Studiums, sondern wirklich auch auf den Studierendenhabitus durchschlagen, der jedenfalls mehrheitlich an der Universität heute anzutreffen ist.

Ich beende meine unsystematische Auflistung mit der Dimension der Subjektivierung, also der Inanspruchnahme der gesamten Person sowohl für die Erwerbsarbeit als auch schon für das Studium. Viele jüngere Menschen an der Universität sind in beiden Bereichen fest verankert und müssen die entsprechenden – doppelten und konkurrierenden – Anforderungen erfüllen, zusätzlich zu familiären und sonstigen Erwartungen. Da gibt es mittlerweile belastbare Studien, nicht zuletzt von Krankenkassen, die zeigen, dass die Zahl psychosozialer Notlagen und psychischer Erkrankungen unter Studierenden in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Ich kann aus meiner eigenen Beratungs- und Begleitungspraxis von Studierenden in den letzten zwei Jahrzehnten berichten, dass Hochschuldozent*innen, so sie ihre Rolle und Funktion und auch die Studierenden selbst ernst nehmen, heute mindestens so sehr als wissenschaftliche Berater*innen wie als Sozialarbeiter*innen und

psychosoziale Begleitungen gefordert sind. Dafür haben sie dann allerdings überhaupt keine professionellen Kompetenzen und Qualifikationen. Aber es ist in der Tat so, dass die neoliberale Universität, in Verbindung mit dem neoliberalen Arbeitsmarktreime und überhaupt dem gesellschaftlichen Regime inszenierter Wettbewerbe, krank macht. Sicherlich nicht alle, aber wahrlich nicht wenige. Diese Gefahr besteht immer, auch für diejenigen, die sich nicht davon betroffen fühlen, weil sie sich für besonders resilient halten. Insofern ist es keine Petitesse, über die wir sprechen, wenn wir Kritik an der neoliberalen Universität üben, sondern es geht im Zweifelsfall, gesellschaftlich wie individuell, durchaus auch um existenzielle Fragen: Existenzielle Fragen für die Organisation von gesellschaftlichem Zusammenleben einerseits, für die Lebensführung und die Lebenschancen jedes und jeder Einzelnen andererseits.

Das Einzige, das man vielleicht mit diesem Subjektivierungsregime noch konstruktiv und produktiv anfangen könnte, wäre, die neoliberale Anrufung des Subjektes beim Wort zu nehmen, die da lautet: »Es liegt alles an Dir. Du bist selbst gefragt, nicht nur um Deine Verhältnisse zu regeln und zu sehen, dass Du bestmöglich durch den alltäglichen Kampf des Lebens kommst. Sondern auch, dass Du danach trachtest, dass die Rahmenbedingungen so gesetzt sind, dass alle je individuell genau das auch tun können: sich um sich selbst zu kümmern.« Man könnte dieser Anrufung für die Frage der Kritik an der neoliberalen Universität und die Perspektiven ihrer Transformation womöglich etwas abgewinnen, wenn man es schaffen würde, sie effektiv zu *entneoliberalisieren*. Wenn man sie kollektivieren und emanzipatorisch wenden könnte, von einem »Es liegt allein an Dir!« zu einem »Wir gemeinsam haben es in der Hand!«, dann würde vielleicht ein Schuh daraus. Denn es liegt in der Tat an uns, an den schlechten Verhältnissen etwas zu ändern. Weil sie zwar einerseits systemisch sind – aber andererseits eben auch alltagspraktisch von uns, von Ihnen wie von mir, enacted werden, nur über das alltagspraktische Handeln der Vielen tatsächlich am Leben erhalten und immer wieder neu ins Leben gesetzt werden. Dies zu realisieren, ist nicht der geringste Erkenntnisfortschritt, der sich aus einem wissenschaftlichen Studium – selbst noch an der neoliberalen Universität – ergeben kann.

